

# DIE STIMME

für Flüchtlinge,  
Heimatvertriebene und  
Evakuierte

## Stiefkinder der Bundesregierung

In den letzten Wochen war die Haltung der Bundesregierung zur Vertriebenenfrage Mittelpunkt einer heftigen Diskussion in der Öffentlichkeit und im Bundestag. Bedingt durch die mangelhafte Arbeit des Bundesvertriebenenministeriums und die unverständliche Haltung der CDU-Fraktion sah sich die SPD veranlaßt, im Bundestag einen Antrag einzubringen, der die Bundesregierung auffordert:

„Die weitere Tätigkeit des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte entsprechend der Bedeutung und der Dringlichkeit der Hilfsmaßnahmen für diese Geschädigtengruppen sicherzustellen.“

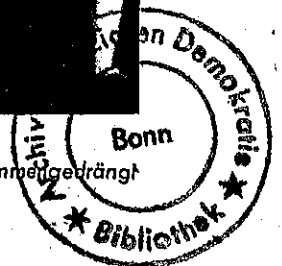
In einem zweiten Antrag forderte die SPD von der Bundesregierung die Bereitstellung der folgenden Haushaltsmittel zur Durchführung der wichtigen sozialen Eingliederungsmaßnahmen:

1. Beendigung der Bundesumsiedlung innerhalb von drei Jahren und Bereitstellung von jährlich 100 Millionen DM Bundesmittel.
2. Beschleunigte Auflösung aller Baracken und Lager (jährlich 60 Millionen DM).
3. Beschleunigte Rückführung der Evakuierten (jährlich 100 Millionen DM).

Für die SPD sprachen in der Debatte die Abgeordneten Jacksch, Rehs, Frau Renger und Dewald. Sie kritisierten vor allem die mangelhafte Arbeit des Bundesvertriebenenministers.



So wie diese Familie leben heute noch Tausende wertvoller Menschen zusammengedrängt in Baracken und Notunterkünften.



B89-21



Wenzel Jacksch MdB

Wenzel Jacksch MdB

## Der Großangriff gegen die sozialen Notstände

Es geht der SPD-Fraktion vor allem um die Grundsatzentscheidung, welchen Platz die Bundesregierung den Anliegen der großen Geschädigtengruppen nach wie vor einzuräumen gewillt ist. Es klafft hier eine Lücke zwischen dem Wortreichtum der offiziellen Erklärungen und den Taten der Bundesregierung auf diesen Sachgebieten.

### Das fehlende Interesse der Bundesregierung

Nun will ich die Bilanz der bisherigen Eingliederungsmaßnahmen keineswegs schmälern, weil auch die Opposition dieses Hauses in den Ländern und Kommunen daran beteiligt war. Wir können jedoch den fatalen Eindruck nicht verhehlen, daß das Interesse der Bundesregierung für die sozialen Belange der großen Geschädigtengruppen sinkt. Wie steht es denn in Wirklichkeit um die Fortsetzung der Bundesumsiedlung? Es ist uns aufgefallen, daß die Anfrage der CDU/CSU-Fraktion plötzlich einen neuen Begriff gefunden hat.

Es ist nicht mehr von Bundesumsiedlung die Rede, sondern ganz bescheiden von der „übergebi-



Hier ist ein Wunsch in Erfüllung gegangen. Im Rahmen der Umsiedlung bezieht diese Familie eine Wohnung in einer neuen Heimat. Viele andere Menschen werden auf die Erfüllung dieses Wunsches verzichten müssen, weil die Bundesregierung die fortlaufende Umsiedlung für überflüssig hält.

lichen Familienzusammenführung“. Befindet sich der Vertriebenenflügel der CDU/CSU-Fraktion bereits auf dem Rückzug?

### Der Bundesfinanzminister hortet weiter seine Geldbestände

Der Herr Bundesfinanzminister sprach von der Bundesumsiedlung:

„Aber wer Augen hat zu sehen und Ohren hat zu hören, der soll sich heute mit mir vielleicht einmal in ein solches früher als überlastetes Notstandsgebiet bezeichnetes Gebiet bege-

ben und dort eine Rede halten, die staatlich gelenkte Umsiedlung müsse weitergetrieben werden! Heute ist es Gott sei Dank so geworden, daß die Leute auch im letzten Grenzdorf draußen die Arbeitskräfte, die noch vorhanden sind, zu behalten wünschen ...“

Besser hätte man wohl nicht ausdrücken können, daß man die noch arbeitslosen Heimatvertriebenen sozusagen als Objekte der regionalen Wirtschaftspolitik betrachtet. Der Herr Bundesfinanzminister glaubte, in der Behandlung eines solchen Themas noch ein Stück Ironie einflechten zu können, indem er sagte:

„Der ist ein schlechter Jäger, der dann, wenn der Hirsch erlegt ist, noch immer weiter auf den toten Hirsch schießt.“

Ich glaube, die Zahlen über die Arbeitslosigkeit der Vertriebenen sagen aus, daß dieser Hirsch noch lange nicht tot ist, und daß er auch noch ganz munter im Bayerischen Wald herumläuft, also gerade im Wahlkreis des

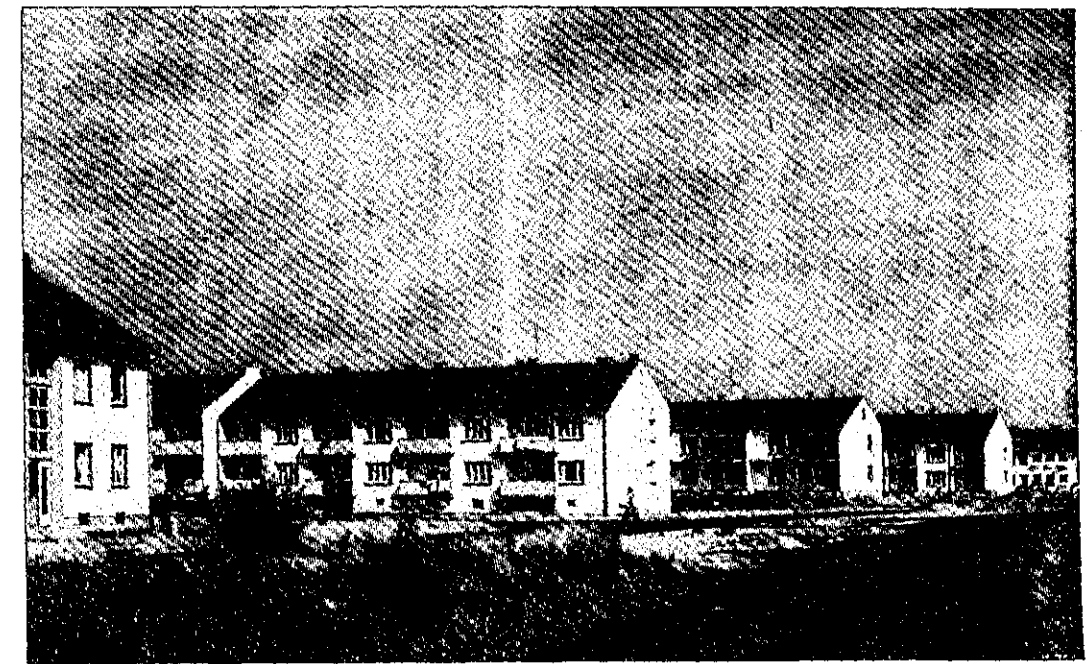


Wie lange sollen unsere Kinder noch in trostloser Umgebung aufwachsen? Die Bundesregierung bleibt die Antwort schuldig.

Herrn Bundesfinanzministers. Zur Bundesumsiedlung, die immerhin für 400 000 Menschen im Lande eine Schicksalsfrage ist, ist zu sagen, daß die Menschen nicht zum bloßen Vergnügen wandern.

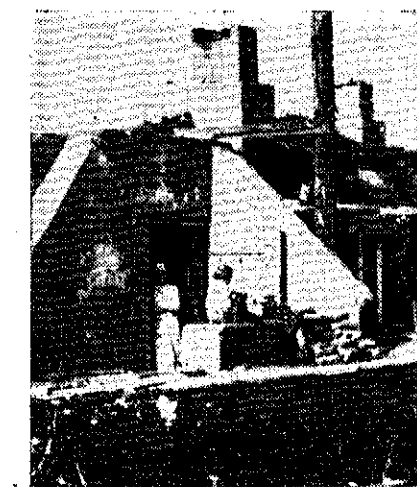
Es wäre ein schweres Unrecht, wenn man die bisherige erprobte Umsiedlungspolitik auf das Gebiet der Familienzusammenführung beschränken würde. Haushaltsmittel des Bundes werden für die Fortsetzung der Bundesumsiedlung nicht mehr eingesetzt werden.

Im Wege der Vorfinanzierung wird dem Lastenausgleichsfonds ein Darlehen gegeben, das aber



Wie lange wird es noch dauern bis alle Baracken und Bunker durch helle, freundliche Wohnungen ersetzt sind?

selbstverständlich an die Bundeskasse zurückzuzahlen ist; daher geht die Fortführung der Bundesumsiedlung, zu der der Bund bisher aus Haushaltsmitteln beige-steuert hat, künftig zu Lasten des Ausgleichsfonds.



Der Bundesfinanzminister verweigert — trotz gehorteter Milliarden — ausreichende Mittel für den sozialen Wohnungsbau.

### Die Minister sehen keine Flüchtlingslager

Eine weitere Sorge ist der Wohnungsbau für Sowjetzonenflücht-

linge. Die Bauprogramme des Vorjahres sind zum Teil stecken geblieben. Mit dem bisher zur Verfügung stehenden Betrag von 1500 DM pro Kopf kann man keine menschenwürdige Wohnung mehr erstellen. Das Hindernis liegt in erster Linie bei dem Bundesfinanzminister. Es wäre wohl an der Zeit, daß die Bundesregierung die Staatsmänner ihrer westlichen Verbündeten einmal dazu einlädt, sich die Aufnahmelager in Berlin und die überfüllten Durchgangslager in den Ländern anzusehen, damit der freien Welt bewußt wird, daß die Bundesrepublik einen sozialen Verteidigungsbeitrag von ungeahntem Ausmaß leistet.

### Wo bleibt die Schicksalsverbundenheit?

Die Tatsache, daß fast tausend hilfeschende Menschen je Tag aus Mitteldeutschland nach dem Westen kommen, würde ein anderes Land in Atem halten, und jede andere Regierung würde es verstehen, dieses ungeheure Thema in die weltpolitische Diskussion zu bringen.

Es wäre die eigentliche Funktion des Bundesvertriebenenministeriums, als ein echtes Sozialministerium über die Belange der elf Millionen Menschen zu wachen, deren Betreuung ihm anvertraut ist. Die Angriffe auf den sozialen Wohnungsbau, wie wir sie in letzter Zeit erlebt haben, hätten Anlaß für die höchste Alarmstufe im Vertriebenenministerium sein müssen, da es doch die Heimatvertriebenen, die Sowjetzonenflüchtlinge und die rückkehrwilligen Evakuierten sind, die in erster Linie betroffen werden.

Wir rufen nach einem umfassenden Programm der sozialen Aufrüstung der Bundesrepublik, denn ohne soziale Aufrüstung gibt es keine erfolgreiche Selbstbehauptung des deutschen Volkes.



Er hat gut lachen, aber nicht alle sind von der Konjunkturwelle mitgerissen worden.

Reinhold Rehs MdB

## Die Bundesregierung hat nur Worte ... aber kein Geld!



Reinhold Rehs MdB

Mit einem Wirbel von Zahlen und finanziellen Maßnahmen, Ankündigungen und Projektie-

rungen ist von der Bundesregierung versucht worden, den Eindruck zu erwecken, als ob das Vertriebenenministerium berste vor Initiative, Entschlossenheit und Gedankenfülle. Der Herr Bundesfinanzminister Schäffer ist heute weniger denn je bereit, aus dem prallen, in seinen Nähten platzenden Staatssäckel etwas zusätzlich für eine durchgreifende Beschleunigung der Behebung der Kriegsfolgenöte zu bewilligen. Der Herr Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegs-

geschädigte hat vor dieser Haltung kapituliert.

Die Sozialdemokratische Partei will nicht, daß Hunderttausende von Menschen auf dem Altar des Wirtschaftswunders geopfert bleiben.

Aus den drei Hauptflüchtlingsländern liegen insgesamt rund 250 000 Umsiedlungsanträge vor.

Alles, was Sie Herr Oberländer, bisher über die Finanzierung dieser weiteren Umsiedlung angekündigt haben, hängt in der Luft. Eine wirkliche Hilfe der Bundesregierung für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte bestünde dann, wenn die Bundesregierung endlich bereit wäre,

10 Fotos entnehmen wir mit freundlicher Genehmigung des nordrhein-westfälischen Sozialministeriums der Broschüre: „Zehn Jahre danach.“ Fotografien: Ingeborg Spärl-Wollenzien



Immer wieder stellen die Evakuierten die bange Frage: „Wann können wir zurück?“ Und immer wieder werden sie enttäuscht.

angesichts der in dem Bundesfinanzministerium gehorteten 6 Milliarden DM Durchgreifendes zur Beseitigung der Mißstände zu tun.

Zum Problem der Lagerräumung ist von Herrn Minister Oberländer die Erklärung abgegeben worden, daß die Finanzierung der Lagerauflösung zunächst für 1956 als gesichert angesehen werden kann. Das heißt mit dürren Worten, daß noch in 13 Jahren die letzte Baracke stehenbleiben wird.

### Nur ein Schaumberg

Sie haben, Herr Minister, den vertriebenen Unternehmern Anerkennung und Lob gezollt. Damit ist wieder einmal ein ungeheurer Schaumberg aufgeblasen worden, in dem nichts Konkretes zur wirklichen Lösung dieser Frage enthalten war.

Was geschieht mit der Umschuldungsanleihe und mit ihren Kursen? Es stehen keine Haushaltsmittel des Bundes dafür zur Ver-

fügung. Die SPD hat in ihren Anträgen gefordert, daß die Bundesregierung endlich eine Bilanz und einen Gesamtbericht über die bei der Eingliederung



Enttäuscht und verbittert sieht dieser Mann der Zukunft entgegen. Er mußte sein Hab und Gut zurücklassen. Die Hoffnung auf eine neue Existenz hat er verloren. Ein Angestellter in seinem Alter findet keine Arbeit.



Für viele ältere Flüchtlinge und Heimatvertriebene ist die Sorge um Arbeit immer noch ein Teil des trostlosen Alltags.

der Vertriebenen noch zu lösenden Probleme unter Berücksichtigung ihrer strukturellen Beschaffenheit und der hierfür erforderlichen Mittel vorlegt.

## Herr Oberländer kann nicht anders

Herr Minister Oberländer, wir haben erklärt, daß wir bereit seien, Sie bei allen positiven

Maßnahmen für die Geschädigten zu unterstützen. Wir haben Sie aber eindringlich gewarnt und Ihnen zugerufen: „Mönchlein, Mönchlein, du gehst einen schweren Gang!“ Aber Sie waren kein Luther: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders.“

Georg Dewald MdB

## Die Bundesregierung versagt den Kriegssachgeschädigten ihre Hilfe



Georg Dewald MdB

Die Bundesregierung verspricht: „Die Bundesregierung wird die einzelnen Geschädigtengruppen jeweils gerecht und ihren Bedürfnissen entsprechend bei allen Hilfsmaßnahmen berücksichtigen.“

Im vergangenen Etatjahr wurden bei der Verteilung von Mitteln aus dem ERP-Fonds für die heimische geschädigte Wirtschaft 5,1 Millionen eingesetzt, während der Heimatvertriebenen Wirtschaft aus der gleichen Quelle 124 Millionen zugeflossen sind. Ich begrüße diese Hilfe für die Heimatvertriebenen und hoffe,

daß in Zukunft auch die kriegsgeschädigte Wirtschaft aus ERP-Mitteln besser gespeist wird.

Bei der Umschuldung der Heimatvertriebenen Wirtschaft sind die Schwierigkeiten dieser Anleihe bedauerlicherweise bis heute noch nicht ausgeräumt. Ich habe bei der Beratung dieser Umschuldungsaktion angeregt, den Betrag von 100 Millionen auf 130 Millionen aufzustocken und diesen Mehrbetrag der einheimischen geschädigten Wirtschaft zuzuwenden. Leider ist, diesem Verlangen durch die Absage der Koalitionsparteien kein Erfolg beschieden gewesen.

### Leere Worte für die Evakuierten

Zur Rückführung der Evakuierten hat der Herr Bundesminister am 15. Juni 1955 gesagt:

„Die Durchführungsverordnung wäre lange da, wenn wir 45 Millionen aus dem Bundshaushalt und 45 Millionen Wohnraumhilfemittel ohne weiteres geben könnten.“

Es ist nichts Neues, Schöpferisches aus Ihrer Arbeit herausgekommen. Das Urteil über das Ergebnis Ihrer Amtstätigkeit ist vernichtend. Die Vertriebenen und Geschädigten haben nur die Feststellung zu treffen: Gewogen und zu leicht befunden.

Dafür steht vom Bund aus kein Geld zur Verfügung.“ Die SPD hat diese Gedanken stets bekämpft.

### Die SPD verlangt finanzielle Hilfe

Die SPD hat bei der Beratung des Etats im vorigen Jahr die Einstellung von 50 Millionen DM für Evakuierte in den außerordentlichen Haushalt gefordert; die Regierungsmehrheit hat diesen Antrag abgelehnt.

Es liegt dem Parlament auch in diesem Jahr zu den Etatberatungen ein Antrag der Fraktion der SPD vor, für Zwecke der Evakuiertenrückführung den Betrag von 100 Millionen bereitzustellen. Wir hoffen, daß der Antrag eine Mehrheit finden wird. Die Kosten der Rückführung der Evakuierten werden selbst von der Bundesregierung auf 1500 Millionen DM geschätzt. Mit den Mitteln, die bis jetzt bereitstanden, wird es 12 oder 15 Jahre dauern, bis der letzte Evakuierte zurückgeführt ist.

Annemarie Renger MdB

## Wie lange sollen jugendliche Sowjetzonenflüchtlinge warten?

Herr Minister Oberländer ist der Meinung, daß man die Probleme der jugendlichen Sowjetzonenflüchtlinge aus der Debatte herausnehmen kann. Der Fraktion der SPD scheint dieses Problem aber von einer außerordentlichen Bedeutung.



Nur wenige Jugendliche aus der SBZ haben in der Bundesrepublik die Möglichkeit, ihr Abitur nachzumachen. Auch hier scheitert es an der Interesslosigkeit der zuständigen Ministerien.

Die Ministerien haben kaum geholfen, sie sagen nur: Die Gesetze stimmen nicht mehr, wir müssen andere Möglichkeiten ersinnen.

Wenn überhaupt etwas wirksam werden soll, müssen 15 Millionen zusätzlich im Etat eingesetzt wer-

den. Wegen der Lastenausgleichs-Ausbildungshilfen sollten sich die Beamten im Ministerium überlegen, ob man die Ausführungsbestimmungen nicht anders gestalten könnte. Von diesem Fonds erhalten nur 3 vH der alleinstehenden Jugendlichen, die aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik kommen, eine Ausbildungshilfe. Wir sollten uns klar sein, daß bei den jungen Menschen aus der Sowjetzone der erste Eindruck vom freien Westen für ihre Einstellung zu einer demokratischen Ordnung von entscheidender Bedeutung ist. Die richtigen Maßnahmen zu ihrer Eingliederung und Hilfe, das soziale und das menschliche Verständnis sind nun einmal für sie Prüfsteine.

Oft wird die Frage gestellt, ob die jugendlichen Flüchtlinge immer politisch gefährdet sind. Die Frage ist falsch, denn jede Flucht liegt in dem politischen System begründet. Das fängt in der Familie an und geht bis zur Kasernierten Volkspolizei. Die jugendlichen Flüchtlinge brauchen, wenn sie zu uns kommen, zuerst einmal menschliche Betreuung und das Gefühl, keine armen Verwandten zu sein.

Bei der unkontrollierten Werbung von jugendlichen Flüchtlingen sollte die Industrie nicht nur darauf bedacht sein, Arbeitskräfte

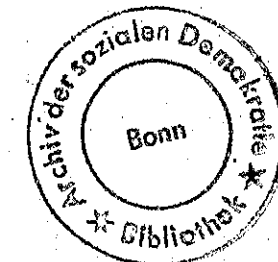


Annemarie Renger MdB

aufzusaugen. Es muß dafür gesorgt werden, daß diese Jugend in Wohnheimen untergebracht wird, und es sollten die Familien aufgerufen werden, Patenschaften für jugendliche Flüchtlinge zu übernehmen. Die geplante Erhöhung der Beihilfen für Oberschüler und Abiturienten erscheint der SPD viel zu gering. In Nordrhein-Westfalen müßten zur Zeit noch 1750 Oberschüler ihr Abitur nachmachen; es stehen ihnen erst 110 Plätze zur Verfügung. Wie lange sollen die SBZ-Flüchtlinge warten, bis sie an die Reihe kommen?

Die übergroße Mehrzahl der jugendlichen Flüchtlinge verdient unsere größte Anteilnahme und Hilfsbereitschaft.

Hieran mögen unsere Ministerialbeamten und selbstverständlich in erster Linie Herr Bundesfinanzminister Schäffer denken, wenn sie die Maßnahmen für die Eingliederung der geflüchteten Jugend beraten, wie sie in dem gemeinsamen Antrag des Bundestages enthalten sind.



# Wir bleiben an der Seite der Vertriebenen



*Erich Ollenhauer*

„In der Bundesrepublik hat sich unter der Regierung Adenauer seit 1949 ein umgekehrter Lastenausgleich vollzogen. Die ganze Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik dieser Regierung hatte den einzigen Zweck, den besitzenden Kreisen ihr Vermögen zu erhalten und zu vermehren.

In keinem der kriegführenden Länder Westeuropas gibt es einen so aufreizenden Gegensatz zwischen größtem Luxus und erbarmungswürdiger Armut.

Wir Sozialdemokraten wollen den Vertriebenen, Flüchtlingen und Kriegsgeschädigten aufzeichnen, wie die Regierungsparteien mit dem Vertrauen, das ihnen geschenkt wurde, gewirtschaftet haben. Nur ein anderer Bundestag kann diesen Geist des Egoismus unschädlich machen.

Wir Sozialdemokraten bleiben im Kampfe um eine Verbesserung ihres Lebens an der Seite der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten.“

